

Maffauer Botte

Bezugspreis:
Monatlich 4.10 M durch unsere Erzeugnisse
und Agenten frei ins Haus gestellt; bei
der Post abgeholt monatlich 4.15 M.
vierteljährlich 12.45 M.; durch den Briefträger
postgebührenfrei monatlich 4.30 M., vierteljährlich 12.90 M.
Frei-Beilagen:
Sommer- und Winterfahrplan.
Nassauer Landwehr.
Erscheint täglich
außer an Sonn- und Feiertagen.

Verantwortlich: Dr. Cleber. Notationsdruck u. Verlag der Limburger Verlagsdruckerei, G. m. b. H. : J. Bader, Direktor, alle in Limburg.

Anzeigenpreis:
Die achtspaltige Zeile oder deren Raum
70 Pf. Bei Stellengestaltung und Stellen-
angeboten ist die vierte Aufnahme umsonst.
Reklamen 1.30 M. die Zeile.
Anzeigen-Annahme:
Für die Tagesausgabe bis 5 Uhr am Vorabend.
Nachtag nur bei Wiederholungen und
pünktlicher Bezahlung.
Geschäftsstelle: Diezerstraße 17
Fernsprech-Anschluß Nr. 8.
Postfachkonto 12.82 Frankfurt.

Nr. 268.

Limburg a. d. Lahn, Freitag, den 19. November 1920.

51. Jahrgang.

Neues vom Tage.

Der Reichsrat nahm den Gesetzentwurf über die Autonomie Oberschlesiens einstimmig an.

Das deutsche Reich hat die Kabinett der Reichsregierung einmütig; Northh verweigert ihre Annahme.

Union Church erklärte im Unterhause, die Unterhaltungskosten des britischen Besatzungsbereiches in den Rheinländern betragen monatlich 300 000 Pfund Sterling, 6 Mill. Goldmark.

Das Genfer Empfangskomitee läßt gegenwärtig eine künstlerische Denkmünze herstellen, die auf der einen Seite eine symbolische Friedensfigur mit dem Wort: Pax (Friede), auf der anderen Seite die Inschrift trägt: 15. 11. 1920. 1. Völkervereinigung.

Das portugiesische Kabinett ist zurückgetreten.

Aus Palermo wird gemeldet: Infolge eines Wirbelsturmes sind Teile der Stadt Palermo (Sizilien) überflutet worden. In Palermo, Milinari und anderen Orten wurden mehrere Häuser zerstört und auf den Dächern Schäden angedeutet. In Milinari wurden bisher 11 Personen getötet. In Palermo mangelt es an Trinkwasser.

In Prag (Böhmen) hat die übermüdete tschechische Soldateska ein wahres Schreckensregiment gegen die deutsche Bevölkerung verübt. Kein Deutscher ist in seinem Hause sicher.

Wahl des Reichspräsidenten am 20. Februar.

Wie der „Gott. Cour.“ von unterrichteter parlamentarischer Seite hört, wird die Wahl des Reichspräsidenten mit den Wahlen zur Preussischen Landesversammlung verbunden werden und daher am 20. Februar 1921 stattfinden.

Die ungarischen Terroristen als Kunstschleier. Budapest, 17. Nov. Die jenseitige Welt wurde, wie der „Gott. Cour.“ von unterrichteter parlamentarischer Seite hört, durch die Wahl des Reichspräsidenten mit den Wahlen zur Preussischen Landesversammlung verbunden werden und daher am 20. Februar 1921 stattfinden.

Der Ruf nach rechts?

Die Wahlen in Sachsen haben nun den ziffermäßigen Beweis für eine Umwälzung der Verhältnisse gebracht, die im übrigen bereits jeder mit Händen greifen kann. In der „Welt am Montag“ erzählt über den radikalen Demokrat Helmut v. G. die Geschichte der Arbeiterbewegung als der Bürgerbewegung: „Ich fuhr in den Tagen mit der Bahn in der dritten Klasse in der Umgebung von Berlin herum. Und was entsetzte mich über die Stimmung, die ich da fand. Alle, alle, Kleinbürger, Beamte, Arbeiter, Frauen zumal, saßen in einer Weise reaktionär, die mich das Schlimmste befürchtete, wenn die Arbeiterbewegung selbst nicht bald ihre Schreckensfunde zur Welt bringt. Wenn ich die Wahl habe zwischen G. (radikaler Führer im Berliner Arbeiterklub) und Ludendorff, so wähle ich Ludendorff, denn ich wähle Ludendorff vor“, erklärte mir ein einfacher Mann und fand stürmischen Beifall. Es ist die brutale Nadelstichpolitik der deutschen Politik, die so gar keine Rücksicht auf alle anderen einschließlich der Mehrheit der Arbeiter nimmt, was die maßlose Erbitterung erzeugt hat. Gatten wir jetzt Wahlen — der Gedanke ist kaum auszudenken! Wie eine Kriemhilde würden alle schonen Elemente nach rechts fluten.“ Und in seiner Wochenchrift „Das Tagesbuch“ erzählt eben Stefan Grohmann folgendes Erlebnis: „Es war in einer Gruppe von Arbeitern, die früherer Erwerbslosenrat waren wie nachgefragt. Wir brauchen keine Führer, auch nicht von der R. P. D.“ (Kommunisten-Partei).

„Was habt ihr denn getan?“ „Dann hat man mir die andere auch erwidert, die Führer von der R. P. D. taugen auch nicht.“ (Kommunisten-Arbeiterpartei).

„Was habt ihr jetzt gemacht?“ „Wir brauchen überhaupt keine Führer. Wir brauchen Arbeit. Mit der launigen Unterhaltung steht nicht länger. Wenn die anderen arbeiten, müssen wir auch mal dran kommen.“

Ich sah dem Mann ins Gesicht. Es war ein ganz gewöhnliches Proletariatsgesicht.

Diese Erlebnisse sind nur Stichproben aus dem Gesamtbild der Zeit, die jeder einzelne für sich beliebig wiederholen kann. Es ist kein Zweifel mehr möglich, daß selbst in der Arbeiterbewegung die Überzeugung von der Notwendigkeit eines absoluten Staatseingriffs und einer über die autonomen Autorität verfassenden Regierung ebenso im Wachen ist wie der Unmut über den wirtschaftlichen Terror einiger von wirtschaftlichen Verengungen. Es ist nicht anzusehen, daß man in größerem Maße dazu fähig müßte, die sozialistische Arbeiterbewegung statt sozialdemokratischer Stimmzettel bürgerliche Stimmzettel abzugeben. Sie wird es letzten überdies sehr bringen, gegen den Sozialismus zu wählen. Von Ludendorff ist der künftige Arbeiterbewegung. Das ist der Grund für die vom „Vorwärts“ beklagte große Wahlenthaltung der Arbeiter in Sachsen.

Nun wird sich die Arbeiterbewegung, die neuerdings mit ihren Führern, Funktionären und Vorkämpfern unzufrieden wird, darüber klar sein müssen, daß sie mit dem Rezept des vollen Wahlzettel noch nichts zur Besserung ihrer eigenen Lage tut. Die Wirkung läßt zunächst wie bei den letzten Reichstagswahlen, bei den letzten sächsischen Wahlen und vorausichtlich im Februar bei den Preussischen Wahlen darauf hinaus, die bürgerlichen Parteien zu stärken. Wie es die Deutsche Volkspartei

partei nun an sich selbst erlebt hat, sind auch diese allein nicht in der Lage, von heute auf morgen aus der Hölle unserer Zustände ein Paradies zu machen. Denn was müßten sie tun, um beispielsweise das Staatsdefizit, d. h. die Steuerlast, herabzumindern? Sie müßten die Hälfte aller Staatsangestellten und Beamten entlassen und den Verbleibenden die doppelte und dreifache Arbeit zumuten. Die Sozialisten, die Hälfte unseres Beamtenheeres auf die Straße zu werfen, bringt auch kein bürgerlicher Politiker fertig. Andere schwere Lasten des Staates sind aber im Verlaufe der Kriege und im Friedensvertrau begründet — Dinge, die heute der Politiker keiner Partei ändern könnte.

Was zunächst besserens möglich wäre, ist der Zustand, daß heute jeder der sich schon schmerzliche Gang der Wirtschaft abseht und gestört werden kann durch wilde Streiks, mit denen Minderheiten von Arbeitergruppen selber gegen die Interessen ihrer Klassengenossen die ganze Wirtschaft lahmlegen. Welches Mittel bleibt einer rein bürgerlichen Regierung gegen solche Dinge in der Hand? Sie könnte das Streikrecht gänzlich einschränken und jede Verletzung solcher Gesetze strafrechtlich ahnden. Möglich ist es, ob sie dazu die reale Macht hat. Sie kann nicht jede Fabrik und jedes Elektrizitätswerk militärisch besetzen lassen, um Sabotageakte kleiner Gruppen und die Terrorisierung von Arbeitswilligen zu verhindern. Einfach weil wir dazu militärisch nicht mehr stark genug sind. Und weil sich vermutlich auch kein bürgerlicher Koske als „Einbund“ von seinen eigenen Volksgenossen dafür ausrufen lassen möchte, daß er das Leben der Nation vor den Attacken der Minderheiten schützt.

Aber hier müßte es möglich sein, daß die Arbeiterbewegung selber in ihren eigenen Reihen Ordnung schafft. Die deutsche Arbeiterbewegung kann nicht beanspruchen, maßgebenden Anteil an der Leitung von Staat und Wirtschaft zu haben, wenn sie sich nicht einmal selbst in ihren eigenen Reihen die wichtigsten Gebote und verbotsartigen Saboteure der Wirtschaft im Raum zu halten. Beim letzten Berliner Streik mußten viele Hunderttausende von Arbeitern und Angehörigen bitter leiden, weil es einer Gruppe von 1500 Terroristen (unter denen wieder ebenfalls eine innere Gruppe erst dem Terror einer anderen Gruppe unterlag) gelang, Berlin in Finsternis, Kälte und Stromlosigkeit zu versetzen. Hier ist die Aufgabe der Arbeiterbewegung, in ihrer Organisation, zunächst einmal den Lebensbedürfnissen der Arbeiterbewegung gegenüber den eigenen Klassengenossen Geltung zu verschaffen.

Das zweite große Übel, unter dem wir alle leiden, ist die große Teuerung, die neben manchem anderen ihre Ursache darin hat, daß die Preisbildung nach natürlichen Gesetzen immer noch von Angebot und Nachfrage abhängt. Einem geringen Angebot von erzeuften Gütern steht eine größere Nachfrage gegenüber. Es gilt also zunächst die Erzeugung zu steigern, und unter diesem Gesichtswinkel wird sich die Arbeiterbewegung nun einmal ernstlich mit der Erkenntnis abfinden müssen, daß in unserer heutigen Lage der Arbeitsstand einfach nicht ausreicht, um die Gütererzeugung nennenswert für die Bedürfnisse des Verbrauchs und der Landwirtschaft so zu steigern, wie es notwendig ist.

Es ist natürlich, daß die Verhältnisse in der Kohlen-Regionen viele Notwendigkeiten einsehen haben, und in eine Sicherung der Produktion unter Vermeidung von Überflüssen einzuwirken haben. Dasselbe gilt in noch höherem Maße von der Landwirtschaft. Dieser Weg allein ist es, der uns aus Not und Elend heraus und schließlich in bessere Verhältnisse hineinführen kann.

Das Reichsnotopfer.

Die Gesetzesvorlage über die beschleunigte Erhebung.

Berlin, 16. Nov. Dem Parlament ist jetzt der Entwurf eines Gesetzes zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Abgabe von Vermögenswerten vorgelegt. Danach wird der beschleunigte einmündige Betrag nach konstantem Maßstab bestimmt. Er soll einmal mindestens 10 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens erreichen, andererseits aber mindestens ein Drittel der Abgabe betragen. Der niedrige Satz für das Notopfer selbst ist 10 Prozent des Vermögens. Der Höchstbetrag liegt es auf 63 Prozent des abgabepflichtigen Vermögens. In den Fällen, in denen das Notopfer selbst nicht mehr als 10 Prozent des Vermögens beträgt, soll also die ganze Abgabe sofort eingezogen werden. Das Höchstmaß des sofort einzuziehenden Betrages ist bei den größeren Vermögens 30 Prozent des Vermögens. Die sofortige Einziehung der Abgabe soll in allen Fällen in zwei Raten erfolgen, von denen die erste am 1. Februar 1921, die zweite am 1. August 1921 fällig sein soll. Für den Rest der Abgabe bleibt die Zahlung in der Form langjähriger Tilgungsrate bestehen, deren Beginn auf den 1. Okt. 1922, also um rund 1 1/2 Jahre hinausgeschoben wird.

In Fällen, in denen die beschleunigte Abgabe von 10 Prozent des Vermögens eine betragsmäßig höhere sein soll als ein Drittel, also auf zunächst 3 1/2 Prozent, erhöht werden können, und zwar bei Abgabepflichtigen über 60 Jahren oder Erwerbsunfähigen, deren Vermögen 100 000 M. oder deren Einkommen 12 000 M. nicht übersteigt. Diese Vermögensgruppe soll auch bei Abgabepflichtigen einbezogen, bei denen die Vermögen eine Schätzung über 300 000 M. betragen würde. Die Abgabepflichtigen vom Vermögensstandpunkt wird beschleunigt, nämlich binnen drei Monaten das Inkursum des Steuerbetrages, erhoben werden.

Neue Steuern.

Berlin, 18. Nov. Der Gesetzentwurf über die

Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundbesitz soll in den nächsten Tagen dem preuß. Landesparlament vorgelegt werden. Wie das „V.-M.“-Abendblatt dazu erzählt, soll die Bewertung Grundlage im allgemeinen der gemeinen Wert sein, und nur bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen Zwecken zu dienen bestimmt sind, der Ertragswert. Als Ertragswert gilt das fünfzigjährige Alter des Reinertrags, den die Grundstücke nach ihrer wirtschaftlichen Bestimmung bei gemeinsamer Bewirtschaftung im Durchschnitt nachhalten würden können. Der Reinertrag sollen die Werte zugrunde gelegt werden, die bei der letzten Grundbesitzveranlagung festgesetzt worden sind. Sie galt für die Steuerjahre 1917/18 und erfolgte im Winter 1916/17. Grundstücke, deren Bestand sich seitdem geändert hat, oder deren Wert für die Ertragswertsteuer nicht festgestellt worden ist, sind nach den Grunddaten dieser Grundbesitzveranlagung zu bewerten. Die Mietwohnhäuser, die ebenso wie die in Stadt und Land gegründeten kleinen Anstalten der Erziehung bedürfen, sollen nur mit dem halben Steuerfah herangezogen werden. Die Grundsteuer soll jährlich 10 v. Tausend betragen, 5 v. Tausend des Wertes betragen. Daneben darf der Staat Zuschläge erheben, weil sich der genannte Steuerfah jetzt nicht auf längere Zeit festlegen läßt und der Landtag mit den Zuschlägen zu dem festen Steuerfah den Veränderungen im Finanzbedarf des Staates Rechnung zu tragen imstande sein soll. Wie man der Bewertung die jetzigen gemeinen Werte zugrunde legen, so brauchten die Zuschläge nur 50 v. S. zu betragen, um zusammen mit dem festen Betrage zwei Millionen Mark zu ergeben. So aber die Steuer nach dem erheblich niedrigeren Wert einer zurückliegenden Zeit berechnet wird, müssen die Zuschläge 100 v. S. betragen. Nicht alle Grundbesitzer werden in der Lage sein, die ganze Grundsteuer allein zu tragen, insbesondere nicht der städtische Hausbesitzer. Dem ermäßigt die preussische Grundbesitzveranlagungsordnung auf die Mieter, außer bei laufenden Beträgen, für die das in Aussicht stehende Reichsmietengesetz eine Regelung treffen wird. Soweit die Landwirte die Grundsteuer nicht selbst tragen können, sondern auf die Preise ihrer Erzeugnisse abwälzen müssen, wird die Herabsetzung der Besteuerung in erheblichen Grenzen bleiben, sofern die Abwälzung der Grundsteuer nicht zu einer unbedenklichen Erhöhung der Lebensmittelpreise beizutragen wird. Die kommunale Grundsteuer wird durch die staatliche Grundsteuer-Entlastung nicht geändert. Die Gemeinden dürfen also noch § 25 des Kommunalabgabengesetzes eine besondere Grundsteuer oder nach § 26 des Kommunalabgabengesetzes Zuschläge auf allen staatlich veranlagten Grundsteuer erheben.

Ein einsichtiger Franzose über die deutsche Not.

Paris, 17. Nov. Der Sonderberichterstatter des „Deutsches Volk“, tritt in seiner Korrespondenz aus Berlin für ein besseres Verständnis zwischen Frankreich und Deutschland ein. Er stellt Fehler auf beiden Seiten fest. Von besonderer Bedeutung ist, daß er das große Elend in Deutschland feststellt und durch Beispiele belegt. Die Franzosen seien über die Lage nicht unterrichtet. Er habe in den Offener Arbeiterfamilien beklagenswerte Zustände vorgefunden. Er sei auch in Berlin in Familien von Universitätsprofessoren und Privatdozenten gewesen, die langsam des Hungertodes starben. Eine Untersuchung in einem Berliner Gymnasium stellte fest, daß ein Prozent der Kinder kein Hemd tragen.

Aber warum ist das französische Volk über die deutschen Verhältnisse nicht auf und der Wahrheit gemäß unterrichtet? Weil die französ. Presse in ihrer erdrückenden Mehrheit mit vollem Bewußtsein wider besseres Wissen über die deutschen Verhältnisse Lügen verbreitet und weil die maßgebenden französ. Staatsmänner und Politiker tendenziös dasselbe tun! Man beläßt das französ. Volk, weil man die Wahrheit zu Gunsten der Lüge nicht sagen will. Dieser Fanatismus der Unwahrhaftigkeit gilt heute in Frankreich als nationale Ehrensache. Nur ein kleiner Teil der sozialistischen Presse Frankreichs besitzt den Mut der Wahrheit und gibt in diesem Punkte der Wahrheit die Ehre.

Griechenland.

Austritt der Regierung.

Athen, 16. Nov. (Dadas.) Die Regierung ist zurückgetreten. Die letzten Wahlergebnisse verzeichnen als gewählt 118 Venislisten u. 250 Anhänger der Königs-Partei. Die Niederlage von Veniselos ist vollständig. Veniselos sowie alle seine Minister mit Ausnahme von zwei sind unterlegen. Weder in Makedonien noch in Kleinasien, mit Ausnahme des Epirus, wurde ein Veniselist gewählt.

Französische „Detachung“.

Paris, 17. Nov. Es war eine wahrhafte Detachung gestern — schreibt der „Matin“ —, als man erfuhr, daß die ersten Resultate der Wahl in Athen und Umgebung der Liste Veniselos ungünstig waren. Alle Journalisten und alle „Detachungen“ in Athen befindlichen Diplomaten ließen einen Mißerfolg der Regierung für wenig wahrscheinlich, besonders in Attika. Die künftigen Grundgebungen zu Ehren Veniselos verprügelten ebenfalls ein veniselistisches Kabinett. So wurden die Vermutungen der ganzen Welt enttäuscht.

Veniselos hat sich zweifellos um Griechenland verdient gemacht, denn seine politische Witterung wies ihn auf ein Bündnis Griechenlands mit dem seegewaltigen Großbritannien hin, und er hat leider Recht behalten. Auf einem andern Blatte aber steht die diktatorische Gewalttätigkeit, die Veniselos mit größter Härte und persönlicher Nachgiebigkeit über das griechische Volk verhängt hat, schon allein aus dem Grunde, weil das Volk in Treue und Verehrung zu seinem tapfern und modernen Könige Konstantin hing, Veniselos, der freilich Revolutionär und Abenteurer, wollte den Griechen ihre Königs- und Kaiserkrone mit grausamer Härte und furchtbarem Gewalt austreiben. Und über diesen brutalen Versuch hat das griechische Volk seinem Vorgesetzten durch d. Wahl nun eine deutliche Quittung ausgestellt. Es ist das Beste, daß dieser rohe Tyrann keine wertvolle Persönlichkeit im Auslande in Sicherheit gebracht hat. Er hätte nichts Gutes zu erwarten.

Also doch ein Beamten- Ultimatum.

Berlin, 17. Nov. In einer Versammlung der hiesigen Beamten der Post und Eisenbahn im Verein mit dem Landesverband Westfalen des Deutschen Beamtenbundes, wurde eine Entschließung angenommen, die ein bis zum 20. November befristetes Ultimatum enthält. Darin wird die Zahlung einer 12prozentigen Erhöhung der laufenden Teuerungszulage an Stelle der bisherigen 5prozentigen sowie die Zahlung eines Vorzuschusses von 2000 M. verlangt, und zwar abgesehen von jeder noch zu gewährenden Gehaltsregelung. In der Entschließung, die einstimmig zur Annahme gelangte, wird zum Ausdruck gebracht, daß die Eisenbahnbeamten, die Post-, Telefon- und Telegraphenbeamten geschlossen hinter die Führer sich stellen und im Falle der Ablehnung der Forderungen restlos in den Streik treten würden.

Die Beamten des Ruhrgebietes.

Berlin, 17. Nov. Nach Mitteilung des „Vorwärts“ befindet sich zurzeit eine Deputation der Beamten aus dem Ruhrgebiet in Berlin, um mit der Reichsregierung über eine Verbesserung der Lage der Beamten, besonders derjenigen, der unteren Gehaltsklassen, zu verhandeln. Verlangt wird eine sofortige Vorzahlung von 1000 Mark, unbefristet der Erhöhung der Teuerungszulage durch den Reichstag. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, steht das Ruhrgebiet nach den ihm zugegangenen Nachrichten kurz vor einem Beamtenstreik.

Die Verhandlungen vor dem Wiederaufbau-Ausschuß.

in Paris, die die endgültige Feststellung der abzuliefernden Viehzahl betreffen sollen, haben am Montag begonnen. Von deutscher Seite sind mehrere Sachverständige hinzugezogen worden.

Nach 200 000 Pferde erfordert.

Die uns überreichte Forderung nach 800 000 Stück Vieh, wofür man noch lange nicht alle Viehforderungen der Entente. Neuerdings hat man uns auch eine Forderung nach 200 000 (1) Pferden, sowohl Zucht- als Gebrauchspferden überreicht, in welche Zahl die bereits abgelieferten nicht eingerechnet sind. Was das bedeutet, wird jeder Landwirt, jeder Fuhrherr, jeder, der in Deutschland mit Pferden zu tun hat, wissen. Schon jetzt haben wir einen außerordentlichen Viehdemangel in Deutschland. Und jetzt will man uns fast noch 10 Prozent unseres gesamten Viehbestandes — und natürlich nur die besten Tiere — fortnehmen, obwohl die Entente alle anheim mit Vieh versorgt sind. Da für abzuliefernde Pferde die Weiber vom Reiche entkoppelt werden müssen und da für ein brauchbares Pferd heute mindestens 20 000 Mark zu bezahlen sind, so würde diese neue Forderung mindestens eine weitere Schuldenlast von vier Milliarden Mark, das ist soviel wie die gesamte deutsche Staatsverschuldung im Jahre 1910, ausmachen. Nach der Forderung der Entente von 800 000 Stück, die einfach unerfüllbar ist, hört sich diese neue Forderung wie ein Scherz an.

Gerns Habsburg.

London, 16. Nov. Die „Morning Post“ meldet aus Santo Maritima: Die Italiener und südländischen Völker schließen sich nach Unterzeichnung des Vertrages an Abkommen gegen die Wiedereinführung der Habsburger.

Bölkersbund.

Wie die „Tägliche Rundschau“ mitteilt, liegt dem in Genf tagenden Rat des Bölkersbundes auch eine Beschwerdeschrift der Vereinigung des deutschen Volkstums in Polen vor, in der durch zahlreiches Material die Grausamkeit der polnischen Ausrottungspolitik gegen die Deutschen dargelegt und um Abhilfe gebeten wird.

Holz wieder in Sachsen.

Dresden, 16. Nov. Da Holz wiederum im Lande aufgetaucht ist, hat die Regierung sofort die grüne Polizei mobil gemacht. Auch sonst hat sie alle Maßnahmen getroffen, um die Wiederkommen sächsischer Randverhältnisse zu vermeiden und das Holz habhaft zu werden.

Berlin, 16. Nov. In Auerbach in Sachsen erliegen gestern Abend bei einem Koblenz der ehemalige Landesführer Max Böck aus Falkenstein und verlor die sofortige Ausbändigung eine Summe von 50 000 Mark.
